Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 86 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 13. April 1932

„Unverbindliche Aussprache".

Man wird in Deutschland jetzt, nachdem die Reichspräsidentenwahl ein endgültiges Ergebnis herbeigeführt hat, wenigstens einen Augenblick herüberschauen müssen auf die außenpolitische Lage, die sich in den nächsten Tagen ganz in Genf konzentriert. Die verantwortlichen Staatsmänner der meisten europäischen Länder werden sich in jener Konferenzstadt einfinden, auch der deutsche Reichskanzler begibt sich zu längerem Aufenthalt nach Genf; weniger wohl, um sich mit den sich kaum noch vorwärtsschleppenden Beratungen der Abrüstungskonferenz zu befassen, als mit Fragen, deren Lösung für uns Deutsche im Augenblick von größter Wichtigkeit sind.

Wenn wir also über unsere Grenze hinausschauen, dann dürfte sich wohl niemand verhehlen, daß die politischen „Beziehungen" wieder einmal zum Teil überaus unerfreulich wurden und sind. Alle Welt, besser gesagt: die Völker vor allem Europas, haben eine Beruhigung dringendst notwendig, — und das gerade Gegenteil ist eingetreten. Mit größter Bereitwilligkeit ist am 16. März die Abrüstungskonferenz auf fast vier Wochen vertagt worden und man dürfte auf ihr auch in den nächsten Wochen einen ähnlichen „Geschwindigkeitsmarsch" antreten wie bisher. Man wird also — „auf der Stelle treten"! Das ist ja in der Zeit seit Anfang Februar, als diese Tausende von Delegierten in Genf zusammenkamen, dort zur üblichen Gewohnheit geworden. Man ist ja auch an keinen Schlußtermin gebunden für das, was die Diplomaten in Genf an „Arbeit" leisten. Man spricht ja eigentlich auch gar nicht mehr von einer „Abrüstung", sondern höchstens von einer „Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen", wobei gewisse temperamentvolle Spezialäußerungen des französischen Ministerpräsidenten nicht gerade förderlich wirkten!

Um an oft Gesagtes noch einmal zu erinnern: der von der Vorbereitenden Abrüstungskommission ausgearbeitete und der Konferenz vorgelegte Entwurf ist für Deutschland unannehmbar, weil er ausdrücklich für uns eine neue Festlegung auf die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Diktats vorsieht. Allerdings sind gegen diesen Entwurf, den die Konferenz zur Grundlage ihrer Beratungen wählte, derartig viele Proteste erfolgt, sind so viele Abänderungsvorschläge eingelaufen, daß vollkommen in der Schwebe ist, was dabei herauskommen und — ob etwas herauskommen wird. Außerdem dürfte der neue nach Genf kommende amerikanische Sonderdelegierte, Staatssekretär Stimson, mit einem Sack älterer und neuer „Vorschläge" eintreffen, die bestimmt nicht in der Richtung des „Gendarmen"-Planes Tardieus liegen, sondern auf eine allgemeine Abschaffung der Angriffswaffen abzielen. Ob Herr Stimson damit mehr Erfolg haben wird wie ähnliche, von anderen Staaten bereits gestellte Anträge . . .?

Ein ganz unerfreuliches Zeichen dafür, daß auch sonst wieder einmal die politischen Beziehungen in Europa große Spannungen aufweisen, war ja der Abbruch der Londoner Viermächte-Konferenz, den man mit dem „Vertagungs"-Beschluß vor niemand verhüllen konnte. Es ist also nach wie vor fast unmöglich, selbst dort vorwärtszukommen, wo die Katastrophe schon nicht mehr bloß droht, sondern tatsächlich längst eingetreten ist. Allerdings versuchte Tardieu gerade diese Lage auszunutzen zu einem Vorstoß, der nach der Ansicht der anderen Mächtevertreter nie einen praktischen Erfolg an der Donau hätte herbeiführen können. Man muß also feststellen, daß Dr. Brüning in Genf sozusagen ganz von vorn anzufangen hat. Gleichzeitig findet er auch den Bericht vor, der über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Donaustaaten von dem Finanzkomitee des Völkerbundes hergestellt wurde und noch mit besonderer Dringlichkeit darlegt, wie notwendig ein schnelles und geschlossenes Eingreifen und Zusammenarbeiten der west- und mitteleuropäischen Mächte für und mit den Donaustaaten ist.

Notwendig ist's! Aber das hatte ja der Baseler Sachverständigenausschuß hinsichtlich der Neuregelung der „Reparationen und Kriegsschulden" auch gesagt! Nichts geschah — nur die Wirtschaftskrise wurde immer furchtbarer. Näher rückt die Lausanner Juni-Konferenz heran, und mit einer einfachen „Vertagung" ist es dann nicht mehr getan. Und so harrt denn in Genf auf den deutschen Reichskanzler hauptsächlich dieses Problem. Auch hieran dürfte der amerikanische Staatssekretär Stimson doch nicht so unbeteiligt sein und bleiben, wie die offizielle Politik Washingtons es gern darstellt.

Man nennt das, was in Genf vor sich gehen wird, eine „unverbindliche Aussprache". Deren hat es schon Dutzende gegeben. Aber offen und klar ist eines noch nie ausgesprochen worden: die Wirklichkeit! Immer vielmehr „triumphierte" über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten das, was die Diplomaten als „Politik" bezeichnen und was als täglich furchtbarer werdendes Schicksal über den Völkern schwebt.

Die nächsten Aufgaben der Regierung

Das Reichskabinett an der Arbeit.

Die Ausgestaltung der Arbeitsbeschaffung.

Das Reichskabinett trat zu einer Sitzung zusammen, um vor der Mitte dieser Woche erfolgenden Abreise des Kanzlers nach Genf eine Reihe von finanz-, wirtschafts- und außenpolitischen Fragen zu behandeln. Die Beratungen drehen sich insbesondere um die Vorbereitung des neuen Haushalts. Am Mittwochvormittag werden die Kabinettsberatungen unterbrochen, da der Kanzler auf dem sogenannten Krisenkongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Rede hält. Am Nachmittag dieses Tages findet eine weitere Kabinettssitzung statt, die im wesentlichen den Fragen gilt, die in Genf irgendwie erörtert werden könnten oder sollen. Ob angesichts der Fälle der in dieser kurzen Zeitspanne zu behandelnden Probleme auch das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das das Kabinett schon in vielen früheren Sitzungen beschäftigt hat, erörtert wird, ist eine noch offene Frage. Ein festumrissener Entwurf hierzu liegt jedenfalls noch nicht vor. Die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms auf größerer Grundlage ist bisher immer wieder an der Geldfrage gescheitert. Nichtsdestoweniger sind die zuständigen Ressorts bestrebt, Pläne auszuarbeiten, deren Durchführung im Bereich des Möglichen liegt. Es ist anzunehmen, daß die hiermit zusammenhängenden Fragen, so u. a. auch die der beabsichtigten Ausgestaltung der Arbeitsdienstpflicht, erst nach der Rückkehr des Kanzlers aus Genf spruchreif sein werden.

*

Mittwoch abend verläßt Reichskanzler Dr. Brüning Berlin, um sich nach Genf zu begeben. Am Sonnabend wird der amerikanische Außenminister Stimson dort eintreffen, und Tardieu, der auf kurze Zeit nach Paris zurückreist, wird ebenfalls ab Montag wieder in Genf sein. Daraus ergibt sich, daß die großen internationalen Besprechungen, die sowohl der Abrüstungsfrage wie dem Donau-Problem und der Reparationsfrage gelten, der nächsten Woche das Gepräge geben werden. Der Reichskanzler hat die ganze nächste Woche für diese außenpolitischen Verhandlungen frei gemacht; am Sonnabend, den 23. April, will er wieder nach Berlin zurückreisen, um am Tage der Preußenwahl wieder in Berlin zu sein.

Mehrausgaben und Fehlbeträge im Reichshaushalt.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Monatsausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Februar. Danach ist im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe bis Februar 1932 von 96,5 Millionen, davon im Februar 0,3 Millionen zu verzeichnen. Im außerordentlichen Haushalt ist eine Mehrausgabe von 126,9 Millionen, davon im Februar 2,7, entstanden.

In den vorgenannten Mehrausgaben sind die aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbeträge von 645,5 im ordentlichen und von 261,4 Millionen im außerordentlichen Haushalt nicht enthalten.

Hilfe für die Donaustaaten vertagt.

Entscheidung erst im Mai.

Der Völkerbundsrat trat unter dem Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Tardieu zu seiner außerordentlichen Tagung zu der Behandlung der Donaufragen zusammen.

Der norwegische Außenminister Braadland erstattete Bericht und unterstrich die Tatsache der außerordentlichen Verschärfung der Weltwirtschaftskrise, deren Lösung durch die politischen Schulden eine weitere Verschärfung erfahren habe. Der französische Ministerpräsident Tardieu erklärte, es wäre beschlossen worden, zunächst durch offizielle Sachverständige der vier Regierungen Vorschläge für die endgültige Lösung und ein gemeinsames Vorgehen sämtlicher interessierten Mächte ausarbeiten zu lassen. Der englische Außenminister Simon schloß sich diesen Vorschlägen an. Die englische Regierung wäre jedoch gezwungen, in diesen Fragen die eigene Finanzlage zu berücksichtigen. Der italienische Außenminister Grandi schloß sich gleichfalls dem Vorschlag Tardieus an.

Staatssekretär von Bülow legte sodann in großen Zügen den Standpunkt der deutschen Regierung dar. In London ist übereinstimmend zum Ausdruck gekommen, daß die notwendigen finanziellen Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Länder im Donauraum nicht das eigentliche Ziel der Aktion sein sollten, sondern daß für diese Länder eine wirtschaftliche Grundlage geschaffen werden müsse, die es ihnen ermöglicht, in Zukunft aus eigener Kraft zu bestehen. Nicht geeinigt hat man sich in London über die Methoden. Die deutsche Regierung ist bereit, mit allen Kräften an der Herbeiführung einer positiven Lösung mitzuwirken. Der Finanzausschuß des Völkerbundes weist die an dem internationalen Schuldenproblem beteiligten Regierungen auf die Notwendigkeit einer sofortigen Aktion hin und stellt fest, daß die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten der Donauländer nicht im Haushalt, sondern in der Lage des internationalen Zahlungsverkehrs und der Weltmarktpreise liegen. Die Entwicklung der Handelsbilanzen der europäischen Länder der letzten Jahre bestätigt diese Auffassung in weitestem Umfang. Der Finanzausschuß ist auch betroffen über die Höhe der Aufwendungen für militärische Zwecke und wendet sich mit einem direkten Appell an die Abrüstungskonferenz. Staatssekretär von Bülow erklärte sich zum Schluß mit den Vorschlägen einverstanden.

Der Völkerbundsrat beschloß sodann, daß die weitere Behandlung der Donaufragen in den Händen der von den vier Regierungen in London eingesetzten Regierungssachverständigen liegen solle. Die Vorschläge der Sachverständigen werden sodann auf der Maitagung des Völkerbundes zur Verhandlung kommen.

*

Die heutigen Verhandlungen des Völkerbundsrates über die Donaupläne zeigen lediglich, daß trotz aller geschickten Verschleierungsversuche die in London hervorgetretenen grundsätzlichen politischen und wirtschaftspolitischen Gegensätze zwischen der englischen und französischen Regierung auf der einen Seite, der deutschen und italienischen Regierung auf der anderen Seite unvermindert weiter bestehen.

Tardieus „Westentaschenkanonen".

Er macht Tanks aus landwirtschaftlichen Traktoren.

Tardieu hielt im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz eine große programmatische Rede, in der er den Nachweis zu führen suchte, daß die auf der Konferenz immer stärker zutage tretende Tendenz der Abschaffung der Waffen keine Lösung der Abrüstungsfrage bedeuten würde. Tardieu betonte erneut, daß eine solche Lösung nur durch die Annahme der französischen Vorschläge herbeigeführt werden könne. Die Konferenz stehe vor der Entscheidung, zwei Wege einzuschlagen, entweder einzelne Waffengattungen aufzuheben und zu verbieten, oder aber die Waffen einer internationalen Macht zur Verwendung gegen einen angreifenden Staat zur Verfügung zu stellen.

Tardieu schilderte dann die Möglichkeit, daß ein Staat unter Bruch des Kellogg-Vertrages zum Angriff schreiten könnte. Niemand könne ernsthaft annehmen, daß ein solcher Staat sich durch ein internationales Abrüstungsabkommen hindern lassen würde. Infolgedessen müßten unbedingt internationale Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen erwogen werden. **Das Wettrüsten werde niemals ausgeschaltet werden können. Die Technik dränge zwangsläufig zu neuen Erfindungen und Verbesserungen. Dem „Westentaschenkreuzer" werde das „Westentaschenflugzeug" und die „Westentaschenkanone" folgen. Jedes Zivilflugzeug könne in ein Militärflugzeug umgeändert werden, ebenso landwirtschaftliche Traktoren in Tanks.** Die französische Regierung verlange eine internationale Waffenmacht zum Kampf gegen den Angreifer.

*

Die Rede Tardieus hat in internationalen Konferenzkreisen einen wenig günstigen Eindruck hervorgerufen. Sie wird übereinstimmend auf die energischen amerikanischen Abrüstungsvorschläge zurückgeführt, die für die französische Regierung eine schwierige Lage geschaffen hatten. Vor allem wird in weiten Konferenzkreisen die Erklärung Tardieus zurückgewiesen, daß der französische Vorschlag eines internationalen Sicherheits- und Garantiesystems und Schaffung internationaler Kontroll- und Sanktionsmaßnahmen die einzig mögliche Lösung der Abrüstungsfrage bedeute. Man erwartet in Konferenzkreisen, daß die Ausführungen Tardieus auf deutscher und italienischer Seite schärfste Zurückweisung finden.

Die litauischen Übergriffe vor dem Haager Gerichtshof.

Die Memel-Klage eingereicht.

Die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan haben im Haag bei dem Ständigen Internationalen Gerichtshof ein Verfahren gegen die litauische Regierung beantragt. Der Antrag gründet sich auf

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF